

Gasumlage auf Prüfstand, Das 49-Euro-Ticket kommt?, Jeder zweite Einzelhändler in Existenznot

Gasumlage auf Prüfstand

Angesichts einer möglichen Verstaatlichung des angeschlagenen Versorgers Uniper steht die umstrittene Gasumlage zur Stützung großer Gasimporteure auf dem Prüfstand. Wirtschaftsminister Robert Habeck hat nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur „finanzverfassungsrechtliche Zweifel“. Auch soll Habeck demnach angedeutet haben, dass der Finanzierungsbedarf für die Gasversorger deutlich höher liege als noch bei der Aushandlung des ersten Rettungspakets für Uniper. Eigentlich sollen die ersten Abschlagszahlungen nach nach bisherigem Stand Ende Oktober 2022 fällig werden. Eingeführt werden soll die Umlage zum 01. Oktober 2022 dieses Jahres. ([Manager Magazin](#))

Das 49-Euro-Ticket kommt?

Es sind gute Nachrichten für die Mobilitätswende in Deutschland: Die Bundesländer haben erneut ihren Willen bekundet, einen Nachfolger für das 9-Euro-Ticket mitzufinanzieren. Sie setzen dabei jedoch nun auf eine Einigung mit dem Bund bis Mitte Oktober 2022. Das sagte die Bremer Verkehrssenatorin Maike Schäfer als Vorsitzende der Länder-Verkehrsministerkonferenz. Voraussetzung sei aber deutlich mehr Geld des Bundes als die bisher in Aussicht gestellten 1,5 Milliarden Euro. Dafür habe man eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die spätestens bis 12. Oktober 2022, dem Termin der nächsten Konferenz, ein Ergebnis liefern soll. Diskutiert wird aktuell über ein 49-Euro-Ticket, das laut

Schäfer jährlich drei Milliarden Euro zusätzlich kosten würde. Bundesverkehrsminister Volker Wissing halte es für machbar, ein Nachfolge-Ticket zum Januar 2023 anzubieten. ([Tagesschau](#))

Jeder zweite Einzelhändler in Existenznot

Aufgrund der hohen Energiepreise sieht sich jeder zweite Einzelhändler in Deutschland in Existenzgefahr. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Handelsverbands (HDE), an der rund 900 Betriebe verschiedener Standorte, Branchen und Größenklassen teilgenommen haben. Stattdessen 22 Prozent der Befragten fürchten sogar schon kurzfristig um ihre Zukunft. Der Grund: Um durchschnittlich 150 Prozent sind die Energiekosten im Einzelhandel seit Jahresbeginn gestiegen, melden die Unternehmen in der Umfrage. Zunehmend viele Unternehmen stünden deswegen bereits an der Grenze zur Wirtschaftlichkeit. Noch dazu fürchten die Händler, durch merkliche Preiserhöhungen eine große Zahl von Kunden zu verlieren. Zumal es schon jetzt eine deutliche Kaufzurückhaltung gebe, wie der Verband berichtet. Außerdem kommt es immer noch zu Schwierigkeiten bei der Warenversorgung. Besonders angespannt ist die Lage der Ifo-Befragung zufolge bei Fahrradhändlern sowie in den Bereichen Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik. Überdurchschnittlich hoch sind die Probleme zudem noch bei Baumärkten, Möbeln, Spielwaren sowie Nahrungsmittel- und Genussmitteln. ([Welt Online](#))